

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.
Abonnementpreis
monatlich 50 Pf., jährlich 1.50 M.
primum, frei ins Haus geschickt
die Post bezogen 1.65 M.
„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 Pf., jährlich 30 M.

Die Neue Welt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Völberggasse.
Telegraphen-Nachricht: Volksblatt Halle/Saale.

Inserionsgebühren
betragen für die gewöhnliche
Beilage oder deren Raum
15 Pf. für 10 Zeilen
Bereits- und Veranlagungs-
anzeigen 10 Pf.
Anzeige für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
nachmittags 7 1/2 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7057.
Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 295. Mittwoch den 18. Dezember 1895. 6. Jahrg.

Krautiger Reichstag.

9 Sitzung vom 16. Dezember 12 Uhr.

Bei äußerst schwacher Beteiligung des Hauses wird ohne Debatte die Einsetzung des gegen den Abg. Dr. Vögeler (Sozialdem.) schwebenden Strafverfahrens beschlossen.
Es folgt die erste Beratung des Entwurfs über die Errichtung von Handwerkerkammern.
Staatssekretär v. Bötticher erklärt die Nachfrist, die sich zwischen ihm und Herrn v. Bötticher in dieser Frage eine tiefe gehende Differenz, für durchaus unzutreffend. Beide zogen an demselben Strick. Was die Vorlage angenommen oder abgelehnt werden, ist ebenfalls nicht entscheidend, sondern nur die Organisation des Handwerkers kommen.
Abg. Vögeler (Zentr.) findet die im Entwurfe gemachten Vorschläge einfach unannehmbar. Die hier vorgeschlagenen Handwerkerkammern sind durchaus nicht geeignet, eine Entscheidung, a. B. über das Bestellen und Verbringenswesen zu treffen, deshalb sind sie für uns nicht acceptabel. Die hier vorgeschlagenen Bestimmungen sind viel zu schwach. Die beruflichen Vertretungen der Handwerker sind die Innungen, die Handwerkerkammern können gar nicht leisten, was man von ihnen verlangt. Man soll deshalb nicht experimentieren, die Zeit ist das Handwerk ist ein weites Feld, das Handwerker helfen seiner Würdigen. (Beifall im Centrum.) Wenn ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen, so geschieht das nur, damit in der Kommission die Frage einer wirklich berichtigenden Handwerker Organisation gründlich erörtert werden möge.
Abg. Vögeler (Zentr.) ist für Verweisung der Vorlage an eine 7- oder 14gliedrige Kommission.
Staatssekretär v. Bötticher betont, er sei kein absoluter Gegner der Innungsorganisationen; doch setzen gegen dieselben noch vor einigen Jahren die herzoglichen Institutionen gewesen. (Sehr richtig links.) Zu der Kommission werde eine Organisation erstellt werden können.
Abg. Vögeler (Zentr.) Meine Partei kann für die Vorlage nicht eintreten, wenn sie nicht durchgreifend geändert wird. Meine Bestimmungen sind freilich auch nicht nach meinem Geschmack.
Abg. Vögeler (Zentr.) Ich habe mich nicht entschlossen, aber immer hat bisher ein richtiges Mittel vorgelegen; ganz falsch ist es aber, wenn man die Dinge allein von der Regierung und der Gegenpartei sich vertritt. Gerade die Herren, die hier so für das Handwerk eingetreten sind, wie der Großindustrielle von Seyl, haben heute ein meißner zum Niedergang des Handwerks beigetragen. Wenn sie sich jetzt so liebevoll für Handwerker annehmen, so thun sie das nur aus Angst, daß sonst die Handwerker zu den Sozialdemokraten übergehen würden. Die Vorlage schwächt sich nur vor allen Dingen darüber aus, was ein Handwerker ist und nicht nach seiner Funktion, sondern nach seiner selbständigen Handwerker verhalten soll. Unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung führt zur Vernichtung des selbständigen Handwerkes. Jeder Zusammenschluss nach Handwerkerkammern können gegen die Lebensmacht der Großindustrie helfen. Einzelne Handwerker verdienen es, sich durchzuschlagen, indem sie in ungeschickter Weise die Schlinge ausbreiten, dies ist besonders bei den Messern, den Schloßern, den Barbieren der Fall. Wenn Innungsorganisationen wie Handwerkerkammern etc. dem Handwerker wirklich helfen könnten, wären wir die letzten, die dem nicht zustimmen. Aber wir möchten den Handwerker keine schützenden Bestimmungen. Will man den Handwerker glücklich machen, so gewähre man volle Kooperationsfreiheit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)
Abg. Vögeler (Zentr.) Ich erwarte von der Vorlage kein Gutes, sie habe ganz entgegengesetzt auf die Handwerker gewirkt; auch von einer Kommission ist nicht viel zu erwarten.
Staatssekretär v. Bötticher weiß, daß die Handwerker durch die Vorlage nicht betrieblig sind. Ob die die Vorlage ablehnen

oder annehmen, ist ziemlich gleichgültig für den Fortgang unserer Arbeit; der Unterschied ist nur der, daß uns, falls wir Vertreter des Handwerkes für unsere Berührung nicht haben, im Falle der Annahme dieser Vorlage dieselben sofort zur Verfügung stehen.
Abg. Vögeler (Zentr.) gibt im Namen seiner Fraktion die Erklärung ab, daß die Vorlage für sie unannehmbar ist und verbreitet sich in scharfer, von Sachkenntnis zeugender Weise über die falschen Lehren, die von der Regierung zur Rettung des Handwerkes eingeschlagen werden. Wünschen Sie nicht, daß die Handwerker, die heute im fortwährenden Lager stehen, irgendwie die Mehrheit bilden. Die Zahl der liberalen Handwerker ist bedeutend größer als die der konservativen. Wenn man die Stimmen der Wähler zusammenzählt, welche für uns bei der Wahl des Handwerkes abgegeben sind, so kommt es den besten Beweis dafür zu finden. Ich sehe vom Zentrum, wo ganz andere Fragen den Ausschlag geben, ab. Wir werden weiter auf diesem Wege wandeln und so der Zustimmung aller vorzuziehen und bekommen Handwerker wieder heim. (Beifall bei der Linken.)
Abg. Dr. v. Bötticher (Zentr.) Ich finde auch die Vorlage für unannehmbar, bezüglich der Innungen, die sie gleich bei der ersten Lesung begraben wissen möchte ohne Kommissionsberatung.
Hiermit verlegt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 1 Uhr.
Auf die Tagesordnung werden gelegt außer einer Anzahl Rechnungsachen der Vorlesungselementar.

Tagesschau.

Die vorläufige Schließung der sozialdemokratischen Organisationen für Berlin hat, wie der Vormärts heute mittelt, jetzt die in § 16 des Vereinsgesetzes vorgesehene richterliche Bestätigung gefunden. Die Sache nimmt also ihren weiteren Lauf und wird vor dem Gericht ihren Abschluss finden. Gestern und heute sind eine Anzahl der Angeklagten vor den Untersuchungsrichter geladen.
Wegen Kaiserbeleidigung wurde der Halbmeier Ludwig Elbe aus Rodebach von der Strafkammer des Landgerichts Hannover zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlungen fanden bei geschlossenen Thüren statt.
Ein Rechtsrücker. Der Amtsrichter Wallenhaupt in Weidensee, Provinz Posen, war wegen Herausforderung zum Zweikampf zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Kurz nach Antritt der Strafe ist ihm dieselbe vom Kaiser in Gnade erlassen worden. Von nun an wieder im Talar über die Knie, die sich in der Schnapskammer geprügelt haben, als strenger Richter urteilen.
Der Oberkammerherr soll strenge Maßnahmen gegen die Pfarrer der Rammannschen Mission vorbereiten. Geht es ihnen recht, warum sind sie sich ihrer Aufgabe als Pfarrer im kapitalistischen Klassenstaat nicht bewußt?
Wie bewiesen wird. Zur Widerlegung der von den Sozialdemokraten behaupteten Thatsache, daß im Volke die Liebe zum Soldatenruhm sehr im Sinken begriffen ist, wird von gegnerlichen Blättern hervorgehoben, daß sich die Zahl der freiwillig ins Heer Eintretenden beständig vermehre. Die Blätter wollen natürlich nichts davon wissen, daß diese

Erziehung zum größten Teile auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist.
Auch die Professoren werden rebellisch. 53 Mitglieder aller Fakultäten und Parteien der Berliner Universität angehörig, haben einen ganz entschiedenen Protest gegen das Entschließen ihres Kollegen des Prof. Hinrichs erlassen, der behauptet hatte, es stehe dem Kultusminister das Disziplinarrecht über die Privatdozenten zu. Es wird aber auch Zeit, daß auch diese Herren einsehen, wohin der Kultusminister die deutsche Wissenschaft führen muß.
Eine Stütze von Thron und Altar ist in der Person des Oberamtmanns Bieler, der mehrere Rittergüter des Grafen Renard zu verwalten hatte, schwer betroffen worden. Weil er beim Schnapsbrennen die Steuer hinterzogen hatte, soll er 50000 M. Strafe bezahlen. — Dem Mann steht noch der Gnadenweg offen.
Zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist die Regierung, insofern sie den „Mittelstand retten“ will. Ein künftiges Ergebnis hatte gestern die Beratung des Reichstags über den Entwurf zur Errichtung von Handwerkerkammern. Keine Partei wollte von dem toigenbernen Kunde etwas wissen, und auch der Vater des Beschlusses, Staatssekretär v. Bötticher, erklärte, es sei ihm ziemlich gleich, ob die Vorlage angenommen oder abgelehnt werde. Ob die Handwerker noch nicht bald zur Einsicht gelangen, daß für sie im kapitalistischen Staate überhaupt keine Rettung mehr ist?
Gerettet ist wieder einmal der hagnottensdende deutsche Staat dadurch, daß Eidermanns Schanzel das Stück im Winkel von der Polizei in Raibor verboten worden ist. — Ganz recht! Auch im nächsten Winkel gibt es kein Glück mehr, und soll es kein geben!
Wie man Stimmung für Reichsteuern macht, erzählt neulich Genosse Grillenberg in der bairischen Abgeordnetenkammer. Minister v. Crailsheim soll nämlich einer Deputation aus dem Steigerwald, welche die Petition um eine Steigerwaldbahn bei ihm vertrat, gesagt haben: „Wenn die Tabaksteuer durchgeht, kriegen wir so viel, daß wir die Steigerwaldbahn bauen können!“ Herr v. Crailsheim, der sonst so demeritenscheißig, blieb heute wie ein gebotener Wasserbewohner. Das Stücklein scheint demnach noch zu sein.
Heber den Weihnachtsläst sich nicht streiten. Die Wirths. Allg. Ztg., weiland süddeutsches Bismarckblatt, ist hochgenügend über die jüngste Leistung des preussischen Kriegsministers im Reichstag. Sie schreibt: „Der preussische Kriegsminister General Bronart von Schellendorf ist der Mann dazu, diese Antwort (auf die Rede Bismarcks nämlich) zu ertheilen und hat es mit großer Wirkung gethan. Er fand noch einmal die rechten Worte für das Gebahren, welches die sozialdemokratische Presse gegenüber den großen Persönlichkeiten der Reichsgründung und den Jubelungen dieses Jahres an den Tag gelegt hatte.“ — Sind die aber bescheiden!
Fürst Bismarck ist gestern nachmittag vom Kaiser be-

68) Gerninal.

Sozialer Roman von Emil Jola. [Nachdruck verboten.]
Vordurchend er immer noch nicht diese düstere Lehre von der allgemeinen Verwilderung, die alles Menschliche vom Ererbten fegen will, wie wenn die Seele über ein Kognatfeld mäht. Was sollte nachher kommen? Wie sollten neue bessere Völker entstehen?
„So lag mir doch Dein Programm“, hat er „wir möchten doch wissen, wofür wir uns führen wollen?“
Aber Souvarine, der wieder eine Zigarette ergreifen und sich gelegt hatte, warf einen verneinenden Blick aus den verschleierte Augen:
„Alles Neben über die Zukunft ist um Weib, weil es den Fortschritt der Revolution, das Gelingen des großen Herdungswekes beinträchtigt.“
Diese Antwort machte Stephan lächeln. In jedem es ein Fall ist überflüssig. Er selbst fange an, er wenig dafür eingenommen zu sein, und es sei wohl möglich, daß er sich später noch mehr dafür begeistere. Doch es hieß, Raffener in die Hände arbeiten, wenn man schon jetzt den Kameraden davon brechen wollte. Vordurchend handelte es sich darum, praktisch zu sein.
Frau Post hat ihnen ein Frühstück an, und sie begaben sich in das Speisezimmer. Als sie ihren Gläsern und Käse verzehrt hatten, schlug es ein Uhr; Stephan's Uhr wurde.
Gewiß ließ Wladimir ihn im Stich! Um halb zwei Uhr er schienen bereits die ersten Besessenen, und er empfing sie, denn er wollte vermeiden, daß ein Schien der Romagnie in den Saal dringen könne. Er prüfte jeden Einladungsbrief; nur diejenigen Arbeiter, welche er persönlich kannte, durften ohne Brief eintreten.
Um zwei Uhr kam Raffener zurück und rauchte vor dem Schankensich ohne eine Zeile Brief aus. Die fünf hinstehende Ruhe seines jungen Leute eingestanden, wie Bagarins und Mouquet, welche nur kamen, um sich zu unterhalten; ihnen war der Streik nichts als eine willkommene Gelegenheit zum Faulenzen; sie betranken ihre letzten Süss und machten sich über die Kameraden lustig, die es so ernst zu nehmen.
Nach einer Viertelstunde verging. Souvarine, der in den Saal getreten war, kam wieder zum Vorschein und meinte, daß die Verammelten ungebürlich würden. Da entschloß sich Stephan mit dem gewöhnlichen Geberde. Eben war er im Begriff, dem Wra-

schiffen in den Saal zu folgen, als plötzlich die Witwe Post, auf die Straße hinausdringend, rief:
„Aber da ist ja der Herr!“
Man lief hinaus. Es war Wladimir. Er kam in einem Wagen; das Pferd dümpelte und schimpfte. Er trug einen Koffer. Der Mann war schlaff, sah etwas gestört aus, hatte einen großen verdeckten Kopf und trug unter einem schwarzen Leberzieger einen frischen Anzug, wie ihn Arbeiter, denen es gut geht, Sonntags anziehen. Seit fünf Jahren rührte er keine Feile mehr an, plagierte sich, fröhliche sich vor allem mit großer Sorgfalt und war ettel lieblich, auf seine Redner-Erfolge; aber seine Würde waren angelegt geblieben, und die durch das Gehen abgeriebenen Hängel seiner großen Hände wuchsen nicht nach. Er war äußerst thätig und durchdringt ohne Unterlaß das Land, um Propaganda zu machen.
„Seid mir nicht böse“, sagte er, ihren Fragen zuvorkommend: „gestern früh konferierte in Breslau, abends Versammlung in Salsungen, heute Abend in Berlin, mit Sonnabend.“
Zum Glück hat ich noch einen Wagen bekommen; aber ich bin erschöpft. Ihr hört es an meiner Stimme. ... Das macht natürlich nichts, ich rede doch.“
Er wollte in das Haus treten, doch plötzlich drehte er sich um: „Ach, zum Glück, ich vergesse die Karten! Das wäre eine schöne Geschichte.“
Er und der Saal Wagen zurück, den der Kutscher bereits in die Remise fuhr, und zog eine kleine Kaffee aus schwarzem Holze daraus hervor, die er unter dem Arm ließ. Stephan schritt freudenthräulich hinter ihm; Raffener war verlegen und mochte nicht, den Anstimmenden die Hand zu reichen. Doch dieser ergriff seine Rechte und schüttelte sie, wobei er flüchtig betreffs des Briefes äußerte:
„Welche eine Idee? Warum diese Versammlung verhindern? Man muß immer Versammlungen halten, wenn man kann.“
Franz Post bot ihm ein Glas Bier an, aber er dankte; er sprach ohne zu trinken, aber er habe es sehr eilig, weil er noch am selben Abend nach Jostelle müsse, wo er mit Legoux zusammenzutreffen. Alle traten in den Saal. Waben und Legoux, die eben erst ankommen, folgten ihnen; dann wurden die Thüren geschlossen, dann mochte unter sich die Sache, meribir Bagarins und Mouquet schloste die Thüre.
Umgefahr hundert Männer saßen in dem großen Saale, dessen roten Ziegelsteinen ein warmer Dampf vom letzten Walle entströmte. Es entsand ein Hüßeln; alle wendeten sich um und betrachteten den Fremden vor ihnen, dessen schwarzer Leberzieger einen unheimlichen Eindruck machte.

Erziehung zum größten Teile auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist.
Auch die Professoren werden rebellisch. 53 Mitglieder aller Fakultäten und Parteien der Berliner Universität angehörig, haben einen ganz entschiedenen Protest gegen das Entschließen ihres Kollegen des Prof. Hinrichs erlassen, der behauptet hatte, es stehe dem Kultusminister das Disziplinarrecht über die Privatdozenten zu. Es wird aber auch Zeit, daß auch diese Herren einsehen, wohin der Kultusminister die deutsche Wissenschaft führen muß.
Eine Stütze von Thron und Altar ist in der Person des Oberamtmanns Bieler, der mehrere Rittergüter des Grafen Renard zu verwalten hatte, schwer betroffen worden. Weil er beim Schnapsbrennen die Steuer hinterzogen hatte, soll er 50000 M. Strafe bezahlen. — Dem Mann steht noch der Gnadenweg offen.
Zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist die Regierung, insofern sie den „Mittelstand retten“ will. Ein künftiges Ergebnis hatte gestern die Beratung des Reichstags über den Entwurf zur Errichtung von Handwerkerkammern. Keine Partei wollte von dem toigenbernen Kunde etwas wissen, und auch der Vater des Beschlusses, Staatssekretär v. Bötticher, erklärte, es sei ihm ziemlich gleich, ob die Vorlage angenommen oder abgelehnt werde. Ob die Handwerker noch nicht bald zur Einsicht gelangen, daß für sie im kapitalistischen Staate überhaupt keine Rettung mehr ist?
Gerettet ist wieder einmal der hagnottensdende deutsche Staat dadurch, daß Eidermanns Schanzel das Stück im Winkel von der Polizei in Raibor verboten worden ist. — Ganz recht! Auch im nächsten Winkel gibt es kein Glück mehr, und soll es kein geben!
Wie man Stimmung für Reichsteuern macht, erzählt neulich Genosse Grillenberg in der bairischen Abgeordnetenkammer. Minister v. Crailsheim soll nämlich einer Deputation aus dem Steigerwald, welche die Petition um eine Steigerwaldbahn bei ihm vertrat, gesagt haben: „Wenn die Tabaksteuer durchgeht, kriegen wir so viel, daß wir die Steigerwaldbahn bauen können!“ Herr v. Crailsheim, der sonst so demeritenscheißig, blieb heute wie ein gebotener Wasserbewohner. Das Stücklein scheint demnach noch zu sein.
Heber den Weihnachtsläst sich nicht streiten. Die Wirths. Allg. Ztg., weiland süddeutsches Bismarckblatt, ist hochgenügend über die jüngste Leistung des preussischen Kriegsministers im Reichstag. Sie schreibt: „Der preussische Kriegsminister General Bronart von Schellendorf ist der Mann dazu, diese Antwort (auf die Rede Bismarcks nämlich) zu ertheilen und hat es mit großer Wirkung gethan. Er fand noch einmal die rechten Worte für das Gebahren, welches die sozialdemokratische Presse gegenüber den großen Persönlichkeiten der Reichsgründung und den Jubelungen dieses Jahres an den Tag gelegt hatte.“ — Sind die aber bescheiden!
Fürst Bismarck ist gestern nachmittag vom Kaiser be-

fucht worden. Letzterer verweilte anderthalb Stunde bei ihm und lud ihn ein, am 18. Januar in Berlin sein Gast zu sein.

Ausland.

Italien. In der Kammer kam es am Sonnabend wieder zu förmlichen Szenen, welche dadurch hervorgerufen waren, daß dem Kriegsminister nachgehoben wurde, er habe den Staat beim Getreide-Ankauf um 25000 Lire geschädigt. Es kam fast zu Prügeleien. Der Kriegsminister schwieg erst und mußte durch die Abgeordneten zum Reden gezwungen werden. Nubini sprach gegen das System des Ministeriums. Schließlich wird die Verpöndung um einen Monat verholben. Der Justizminister reichte seine Demission ein, die jedoch von Crispi nicht angenommen wurde.

Am Montag erließen Crispi in der Kammer und gab eine schwächliche Erklärung ab, die ohne Eindruck blieb. Die Linke unterbrach ihn oft und heftig, zumal als er die Ereignisse von Amba Alagi nur einen Zwischenfall nannte und den Marich durch Tigre im Gegenlatz zu seiner letzten Erklärung nur als strategisches Manöver bezeichnete. Im Ubrigen sprach Crispi mit lauter Stimme, so daß er also in diesem Punkte völlig hergestellt zu sein scheint.

Politisches und Gerichtliches.

In Lüneburg fanden zwei Genossen von den Schranken des Gerichts. Genosse A. Schneider erschien hiengegen verdächtig, den in den meisten Kreisen unbekanntem Verem der Vertreter des 16. hiesigen Wahlkreises als Verleüher geüchtet zu haben, wolle aber das selbstverständlich nicht vorhandene Statut und die Mitgliedsliste nicht herausreichen. Gen. Arnold Otta wa dagegen völlig ignorant ein Lokal konstituiert und im Verber mit der hohen Obrigkeit die vordringlichste Devotion außer acht gelassen haben. Der erste Richter wurde freigesprochen, der zweite dagegen für den Sonat auf 15 M. und für die schriftlich begangene Ungehör auf 10 M. Strafe verurteilt. In Lüneburg richtete die Vor dem Gericht in Rudolstadt wurde, wie vor bereits mitgeteilt, Genosse Seige aus Bohnd wegen Verletzung des Meinungsrechts verurteilt. Genosse Seige, der zweite bagegen für den Sonat auf 15 M. und für die schriftlich begangene Ungehör auf 10 M. Strafe verurteilt. In Lüneburg richtete die Vor dem Gericht in Rudolstadt wurde, wie vor bereits mitgeteilt, Genosse Seige aus Bohnd wegen Verletzung des Meinungsrechts verurteilt. Genosse Seige, der zweite bagegen für den Sonat auf 15 M. und für die schriftlich begangene Ungehör auf 10 M. Strafe verurteilt.

Politische Nachrichten.

Köln. In einer fast belachten sozialistischen Verammlung wurde für die bevorstehende Reichstagswahl am Stelle des verstorbenen Abgeordneten Brück der gegenwärtig im Strauß-Prozess angeklagte Redakteur Dreesbach als Kandidat aufgestellt. Wannheim. Der Staatsanwalt hat die gerichtliche Untersuchung gegen den Genossen Dreesbach wegen Betrages eingestellt, da jedes Verdictum fehlte. Die Anzeige war von einem Advokaten erstattet worden.

Soziale Uebersicht.

Wit Zufimmung des Bundesrats soll der Nationalzeitung zufolge eine Verordnung erlassen werden, wodurch der Maximalarbeitszeit für Arbeiter eingeführt wird. Derselbe dürfte jedoch der ungläubigen Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeitererlei, wie sie jetzt geübt wird, so gut wie keine Schranken auferlegen.

Als Weihnachtsgeschenk bekommen die Arbeiter auf dem Bochwalper der Dortmund, Union vom 15. Dezember als Lohnverhöhnungen von 25 und 30 Pf. pro Tag. Warum auch nicht? Die Kapitalisten können's sich ja leisten.

Submissionswesen. Bei einem Regierungsbaun in Osnabrück war die Lieferung von Tischlerarbeiten ausgeschrieben. Von den 15 eingegangenen Angeboten betrug das niedrigste 2502,33 M., das höchste 4454 M. Also eine Differenz von fast 2000 M. bei einem solch geringen Objekt!

Auch eine Rettung der Sandindustrie. Die Stadt Romzig hat mit ziemlichen Opfern die Anpflanzung von Meiseln für hausindustriellen Sandschuhmacheri bejorgt. Jetzt wird bekannt, daß der durchschnittliche tägliche Verdienst mit diesen Maschinen ganze 40 Pf. beträgt!

Die Brancierearbeiter von Barmen klagen darüber, daß sie täglich 13¹/₂ bis 14 Stunden, die Bierfahrer sogar 13¹/₂ bis 17 Stunden arbeiten müssen, daß die Behandlung eine miserable ist und die Sonntagsruhe nicht eingehalten wird. Viele haben darum den Bundesgeissen den Rücken gekehrt und sind dem sozialdemokratischen Verbande beigetreten.

Die Lage der Schneefelderarbeiter in Sizilien ist eine furchtbar traurige. Tausende von ihnen sind ohne jede Beschäftigung, die andern verdienen täglich nicht das trockene Brot.

Die überseeische Auswanderung aus dem Deutschen Reich belief sich in den Monaten Januar bis September 1895 auf 27 409 Personen. Hiervon kamen aus der Provinz Hannover 2712, Brandenburg mit Berlin 1977, Posen 1880, Westpreußen 1462, Rheinland 1488, Schleswig-Holstein 1333, Pommern 1269, Hessen-Rheinland 1071, Sachsen 740, Schlesien 725, Bessien 687, Ostpreußen 482. Ueber deutsche Häfen wurden außerdem noch 71 642 Auswanderer aus fremden Staaten, und zwar über Bremen 41 410, über Hamburg 30 232 befördert.

Das neue Amerika. Der Arbeiter John Wiles war während des großen Bahnarbeiterstreikes im Sommer 1894 als „gefährlicher, fähiger und aufrechter Agitant“ auf die schwarze Liste gesetzt worden und fand infolgedessen keine Stellung wieder. Er verklagte die Bahngesellschaft und das Gericht verurteilte die Gesellschaft auf 35 000 Dollar (140 000 M.) Schadenersatz.

Öffentliche Wählerversammlungen für den 2. Bezirk.

Montag, den 16. Dezember.

Die Versammlung in der Kaiser Wilhelmshalle war von der Bürgerpartei einberufen. Der Saal wurde ziemlich leer und die Stühle auf. Neben 25 Sozialdemokraten waren noch ganze 15 Mann von der Bürgerpartei anwesend, unter diesen befanden sich ein uniformierter und zwei gehobener Politiken. Der Vorsitzende Herr Stengel bewahrt die schwache Befassung, glaubte diese aber auf die Weihnachtszeit zurückführen zu müssen. Der erste Redner, Herr Paulus, Ueberrichter der Saale Zeitung,

schlichtete dem Vorhinein hien bei und führte dann aus die Beamten, Meter und Hausbesitzer hätten doch gemeinsame Interessen in dieser Sache, die dem Gemeinwohl keine Vorteile bereiten werden könnten. Derselbe forderte nur das Wohl der Stadt im Auge zu behalten; die Sozialdemokraten würden zu dieser Stichwahl die nöthigen Antritteungen machen. Ihren Kandidaten durchzubringen; es ist deshalb nicht, daß auch ein Mann der Bürgerpartei sich an dem Saal beteiligen, um den Sieg zu erringen. Der Richter versprach, wenn er gewählt werden sollte, sein Möglichstes zu thun; er werde die Sache der kleinen Beamten wahren; auch für die unteren Schichten der Bevölkerung hätte er ein warmes Herz, da er selbst der Sohn eines Arbeiters sei. Hier sei schon in den Jahren 1892-93 Stadtverordneten gewesen, weil er aber zu viel für die Angehörigen der 3. Abteilung eingetreten sei, habe man ihn entfernt. Im Stimmbezirk er nicht; sollte sein Gegner Albrecht gewählt werden, so würde er ihm Glück; es sei weniger eine Ehre als eine Last, Stadtverordneter zu sein.

Auch ein Beamter brachte eine Anfrage für Herrn Richter. Die Beamten ließen sich nicht beunruhigen, sie würden, was sie zu thun hätten; einen Sozialdemokraten könnten sie nicht wählen, weil diese alles in reichem Maße, was ihnen aus Herz gewünscht sei. Von Herrn Richter wurden zwei mentalische, daß er sich schon bemerkt hat; über diesen Albrecht kann wir ja nicht einmal! rief er pathetisch aus. Auch einige andere verhielten sich auf die Sozialdemokratie einzuhaben.

Genosse Albrecht wies die Gegner in die Schranken zurück. Er erklärte anheben, daß er nicht die Sozialdemokraten der Bürgerpartei als Liberalismus und weil es die bisherigen Vertreter nicht verstanden haben, das Interesse zu werden. Die meisten ihre Anweisungen sind Angehörige meiner Partei; es wäre aus ein leichtes gewesen, den Saal hier zu machen, wenn man nicht gewollt hätte. Der Saal von oben angefordert wurden, für Herrn Richter zu stimmen, konnte er garnicht glauben, denn damit würden sich die Regierung und die Stadtverwaltung biamieren und das hätten die kleinen ja schon in letzter Zeit für wenige gehen. Wenn der Beamte vorhin gesagt hätte, wir wollen auch mit uns thun, dann ist es nicht mehr. Ein Beamter dürfte keine eigene Meinung haben; wage er es trotzdem, so löge er sofort aus seiner Stellung. Wenn bisher nicht Parteigründungen bei der Stadtverordnetenwahl vorgefallen sei, so habe das seinen Grund darin, weil sich die Herren gegen die Sozialdemokratie nicht entschieden hätten, weil sie nicht gewillt waren, die Sache der Arbeiter zu unterstützen. Die Arbeiter wollten wir heiligen. Herr Richter mag ja die besten Absichten haben, aber auch er kann die Sache der unteren Stände nicht vertreten, wie es notwendig sei, das könne nur die Sozialdemokratie. Wenn behauptet wird, wir wollten, umsitzen, so ist darauf entgegen, daß wir wissen schon in angefaßt ist, daß es über kurz oder lang in sich selbst zusammenbrechen wird. Es ist ja leicht zu behaupten, man hätte auch ein warmes Herz für die Arbeiter, wenn man einen letzten Wagen hätte, aber in die Wandlaren- und Kellerwohnungen der Arbeiter, den einen nach dem andern, wenn man nicht es nach Menschen, und diesen Geruch können man nicht vertragen.

Als Genosse Albrecht auf die Tausende von Mann hinwies, welche zu inogentamen patriotischen Feiern bewilligt worden sind, auch die Schützengilde, so erwiderte, daß wir doch erwachte, erhoben die Herren einen solchen Tumult, daß der Vorsitzende sich veranlasst sah, die Versammlung zu schließen. So verließ und endete die Versammlung der „Ordnungs“-Parteien.

Eine von den Sozialdemokraten für die Wähler der Schlosser- und Schmiedstraße einberufene Versammlung fand gestern im Restaurant Ede der Schlosser- und Metzgergasse statt. Obwohl die meisten der beteiligten Arbeiter bis 8 Uhr in ihren Fabriken hatten sein müssen, füllte sich doch recht zahlreich, Genosse R. 2. Die Versammlung wurde in kurzen Zügen die Notwendigkeit der allseitigen Beteiligung an der Stichwahl vor, beleuchtete unter wiederholtem Beifall die Zusammenlegung und das bisherige Wirken der Stadtverordneten, wies darauf hin, wie schwer sich jeder Arbeiter vergehe, wenn er tags, feig oder lumpig an Wahltag anwesend ist, und wie sehr die Arbeiter durch die aufstimmender Fehlerleit unterbrochenen Ausübungen mit einem warmen Appell an das proletarische Würdigkeitsgefühl der Arbeiter, das bisher noch nie vergeblich angerufen worden sei. Genosse K. 2. schloß, einesteils ein gleichfalls ebenfalls aufgenommene Redner, den die Ausführungen an sich selbständige dieselben. Oft genug müßte der Arbeiter mit der Stimme in der Hand arbeiten; zum Wohl, so solle jeder auch am Mittwoch die Mittagsstunde benutzen und einmal für sich selbst und seine Interessenten die kurze Pause verwenden. In einer Abstimmung angenommen, die Wahlzeit sei die Wahlzeit, den mit dem Gelagten einverstanden und gelobten, noch eifrig für die Wahl des Genossen Albrecht zu agitieren.

Stadtverordneten-Sitzung vom 10. Dezember.

Vorsitzender: Stadt-Vorsteher Dittenberger. Unter den neuen Eingängen befinden sich die wieder vorgelegten Petitionen der Behr und der Beamten der zweiten Gehaltsklasse, welche auf die Wähler zurückgestellt werden.

Nach Vereingung des Protokolls tritt die Versammlung in die Beratung der Eingänge ein. Außer den 18 Punkten derselben werden in öffentlicher Sitzung noch vier nachträglich eingegangene Vermietungsangelegenheiten erledigt. Für die geschlossene Sitzung stehen sechs weitere Punkte an.

Man eröffnet an den hiesigen Elementarschulen sollen zum 1. April 1896 neun Klassen und zur Verwaltung derselben neu angestellt werden 7 Lehrer und 2 Verwalterinnen mit dem regulativmäßigen Anfangsgehalt. Der Herr der Finanzamt-Mitglied, Stadt. Stad. Richter, empfiehlt den Antrag, nach welchem am 2. der Maximalkosten bei den Kindergärten 50 Kinder per Klasse, bei den Volksschulen auf 60 festgesetzt ist. Die Vorlage wird genehmigt.

Das Schulgeld an den neuen Mittelschulen wird für anwesende Kinder neu festgesetzt. Früher waren bei 48 M. für das erste Kind, 36 für das zweite und 24 für das dritte und jedes weitere Kind. Von Ehren 1896 bei der Eröffnung der Mittelschulen ab, sollen gezahlt werden: 64 M. für das erste Kind, 42 für das zweite und 30 M. für das dritte und jedes weitere Kind. Herr Stadt. Stad. Richter.

922.650 M. für die Um- und Neubauten des Wasserwerkes zu bewilligen hat der Ausschuss. Eine vom Stadtrat Beifler ausgearbeitete Denkschrift über die Bauten war den Stadtverordneten im Oktober d. J. zugestellt worden. 360000 Mark sollten antwagsmäßig hierzu aus dem Erneuerungsfonds des Wasserwerkes entnommen werden. Nach den Ausführungen des Referenten der Baukommission, die die Wichtigkeit der Anwesenheit hienausgestellt, eine rationelle Einrichtung zur Reinigung des für die häusliche Leitung durch Saugbröde gewonnenen Wassers zu schaffen. Die Baukommission hat jedoch beschlossen, vorläufig nur für die baulichen Anlagen der Pumpstation 200000 M. zu bewilligen, die Kosten der neuen Vorarbeiten machen für die nachfolgenden Anlagen, ebenso für den neuen Wasserturm, der gleichzeitig verlangt war. Bezüglich der nachmaligen Anlagen läßt die B. K. es für erforderlich, Erfahrungen über neuer, zweckmäßige Einrichtungen einzufahren und eventuell die die Kosten der Anlagen zu bestimmen, müssen über diese zu hören. Die Notwendigkeit der Errichtung eines neuen Wasserturmes wird nicht ohne weiteres anerkannt.

Die Finanzkommission hat Stadt. Stad. Richter, lehnt sich an die Beschlüsse der Baukommission an. Sie beantragt, 1. sich im Hinblick auf die Kosten der Errichtung der Anlagen, die in Verhandlung zu erklären, daß die hien über den Antrag der B. K. hinausgeht, wird in der ausgedehnten Debatte vom Stad. Stad. Richter (moniert): 2. 500 000 M. zum Neubau der Pumpstation

zu bewilligen; 3. die Maschinenbeschaffung von der Anbahnung der maßgebendsten Kommission abhänge zu machen; 4. 360 000 M. aus dem Erneuerungsfonds zu entnehmen; 5. die übrigen 150 000 M. aus einer neuen Anleihe zu entnehmen. Stadt. Stad. Richter, an welcher die Sammelstimmen (Sideranten) belegen sind, wurde. In der Denkschrift ist hienüber nichts gesagt. Er etwa die B. K. erklärt, daß eine Reinigung der Sideranlage durch die Abwässer in der Gitter nicht zu befürchten ist. Die Anlage selbst ist auf einen bedeutend größeren Bedarf, als der jetzige, berechnet. Sie ist auch für die Zukunft ausreichend. Stadt. Stad. Richter, eine solche würde zu erwarten sein, wenn der erst 14 Jahre bestehende Turm in der Waddeburgstraße zu erhöhen geht. Dieser würde allerdings in Miederage gestellt werden. Ueber die Erhöhung beschloß ich schon früher beraten werden. Stadt. Stad. Richter, eine Beratung über eine 2. Anlage vor. Ueber große Summen würde von der Verammlung immer sehr schnell Beschluß gefaßt, während über kleinere ziemlich lange verhandelt wird. Wenn die Neuanlage so wichtig war, so wäre der Magistrat doch wohl eher mit der Vorlage gekommen. Die Wasserwerkfrage scheint schon Jahre lang, jetzt soll sie einmahl leichtmüthig erledigt werden. Stadtrat Beifler empfiehlt die sofortige Zustimmung zum Magistratsantrag. Es würde dadurch auch längere Arbeitsgelegenheit für die Wintermonate geschaffen; andererseits werden Anforderungen an die Bauverwaltung gemindert werden. Die Kosten für Nacharbeiten werden im Stad. Stad. Richter, erwidert, daß die Sache dem noch so eigig nicht ist. Das Wasser ist doch nicht etwa einmal so leicht geworden. Durch einige Abänderungen würden einige Mängel der Anlage zu beseitigen sein. Dadurch, daß die Anbahnung der Pumpstation von einigen Tausend Mann für Nacharbeiter einstellt werden könnte, dürfte man sich nicht verleben lassen, für die Bewilligung so hoher Summen zu stimmen. Stadt. Stad. Richter, er ist für die Annahme des Magistratsantrages und befaßt sich mit dem Stad. Stad. Richter, verhandelt. Dieser entgegnet, daß er sich denken konnte, warum sich Stadt. Stad. Richter, er ist für die Vorlage erzieht. Dem Stad. Stad. Richter, erwidert, er, daß das Renommee der Stadt Halle sechs Zehntausend wegen nicht gefährdet sei, denn so leicht, wie es nun möglich gemacht werde ist es nicht. Stadt. Stad. Richter, erwidert zurück auf die Besondere Beziehung bezüglich der schnellen Bewilligung großer Summen und der großen Unterhaltungen bei kleiner Summen. Herr Beifler bemerkt darauf, daß die Denkschrift den Stadtverordneten schon im Oktober er. ausgegangen sei, so daß jetzt genug gewesen sei, sich zu informieren und Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen.

Es wird nun zum Ausschuss über die Anlage gedrückt: Der Antrag weist auf eine 2. Anlage wird abgelehnt; dafür stimmen nur der Antragsteller und Stadt. Stad. Richter. So man werden genehmigt: 1. die Beschlußfassung der Finanzkommission über die Erbauung eines Wasserwerkes; 2. die Entziehung des Zerschnitts für die Pumpstation, 3. die Bewilligung aus dem Erneuerungsfonds für die Pumpstation; 4. die Bewilligung der seitlichen 150 000 M. aus einer neuen bedingenden Anleihe. (Schluß folgt.)

Soziale und Politische.

Sabst a. S. 17. Dezember

*** Heute, Dienstag, im Bellevue große Volksversammlung, in der Genosse Meyer aus Berlin über die morgenden Stichwahlen referieren wird.**

Auf zur Stichwahl! Morgen, Mittwoch, findet im zweiten Bezirke (Königsviertel) die Stichwahl zwischen dem Genossen Albrecht und dem Großkapitän M. Richter statt. Es ist nicht mehr nötig, die Arbeiter zur regsten Wahlbeteiligung aufzumuntern. Wer nicht zur Wahl geht, verfehlt sich aufs Schwerste an sich, seiner Familie und seinen Klasseninteressen. Die Berichte über die gestrigen Wählerversammlungen müssen auch denen die Augen öffnen, die bisher noch schwanmend waren. Herr Richter ist Kandidat der formalen Vereine, in denen erst jüngst darüber beraten worden ist, ob nicht Vorkehrungen getroffen werden müssen, um das Eindringen von Sozialdemokraten in die Vereine zu verhindern. Das ist das liberale Völkertum, von dem Herr Richter empfohlen wird. Der Sieg ist unklar, wenn jeder Wähler seine Pflicht thut. Die Wahl des Genossen Albrecht ist viel eher wert, als das bloße Gewinnen einer weiteren Stimme in Brunsfelde. Der Sieg Albrechts würde eine sehr heilsame Milderung auf die Beschlüsse der Herren äußern, die daran erkennen müssen, daß die Arbeiterklasse nicht mehr gewillt ist, sich von den Herren auf Gnade und Ungnade regieren zu lassen. Demunge jeder die wenigen Minuten noch zum heiligen Agitieren.

Der 18. Dezember möge für das Königsviertel ein Ehrentag dadurch werden, daß die Arbeiterklasse durch die Wahl des Genossen Albrecht einen Königstisch abgibt.

*** Der „Nachwächter“.** Es war am Tage nach der Stadtverordnetenwahl am 25. November. In einem Restaurant des Glauchaer Viertels saßen ein halbes Duzend Arbeiter, die sich natürlich über die Wahl des Genossen Krüger in ihrem Bezirke freuten. Auch ein Politiker in Zivil (so da es mag sein Name vorläufig verschwiegen bleiben). Im Laufe der Unterhaltung trauerte aus seinem weisheitsgewanderten Munde das große Wort, Genosse Krüger werde „doch bloß als Nachwächter im Stadtverordnetenrat sitzen“. Ueberhaupt könne er nicht begreifen, daß solche „grüne Jungen“, die noch nicht wahlberechtigt seien, so sehr über die Wahl sich ereiferten. Der Einwand eines Arbeiters, daß aber die „grüne Jungen“ gerade noch am wenigsten, durch ihre Steuern die Beamten zu erkalten, machte den Hüter der Ordnung unter dem Geschlächer der Anwesenden verstimmen. — Genosse Krüger kann das Kompliment schon annehmen. Man muß das Wort „Nachwächter“ nur richtig deuten. Ein Nachwächter hat bekanntlich die Aufgabe aufzusuchen, daß keine Epithetierien und keine sonstigen unehelichen Handlungen unter dem Schutze der Nacht begangen werden. Mit Hilfe des famosen dolus eventualis könnte darum jener Politikeigentum der allerhöchsten Stadtverordneten-Versammlung überführt werden. Mögen die Arbeiter des 2. Bezirks morgen dafür sorgen, daß dem ersten „Nachwächter“ noch ein zweiter zur Seite gegeben wird. Ueberfällig ist's nicht.

*** Bei den Weihnachtseinkäufen** wollen unsere Leser und Freunde in erster Linie solche Geschäfte berücksichtigen, welche in unserem Vaterlande inierieren. Wir können und mögen selbstverständlich keinerlei Garantie für die Güte der in Volkshäusern empfohlenen Waren übernehmen, eine solche Garantie bieten jedoch auch die andern Geschäfte nicht; wohl aber werden dadurch, daß die Käufer sich auf das Wohlthat-Interesse berufen, die Geschäftsleute auf die Wichtigkeit und das Erfolgsgeld des Inierierens in unserem Vaterlande aufmerksam gemacht.

*** Die feste und letzte diesjährige Schwanengerichtsperiode** erreicht am Sonntag ihr Ende. Es wurden ver-

